

Unseren Lesern und ihren Familien
ein frohes Weihnachtsfest
und ein gesundes Neues Jahr!

Integration und Teilhabe 2
Reinickendorf hinkt hinterher

Nachnutzung Tegel 3
DIE LINKE mit eigenen Ideen

Ihr Kinderlein kommet, aber nicht doch gleich alle und jedes

Weihnachtsgedanken in einer Hartz-IV-Familie

Vonwegen, Schwarz-Gelb wäre eine Koalition der sozialen Kälte. Beinahe als erstes hat die neue Regierung an die Kinder gedacht. Der Steuerfreibetrag je Kind soll zum Januar 2010 auf 7008 Euro erhöht werden. Damit auch diejenigen etwas davon haben, deren Einkommen die Ausschöpfung solcher Freibeträge nicht ermöglicht, sollen deren Kinder 20 Euro mehr Kindergeld bekommen. Ist das nicht ein schönes Geschenk für den weihnachtlichen Gabentisch?

Ich habe mich bei Familie Holz eingeladen, um mich mit ihr darüber zu freuen. Anna und Erwin sind arbeitslos mit dem Hartz-IV-Regelsatz von je 323 Euro. Sohn Paul, der jüngere, ist noch Schüler. Sohn Otto hat nach langem Suchen (und einem relativ langen Praktikum) endlich eine Ausbildungsstelle gefunden.

Damit es doch ein wenig wie Weihnachten riecht...

Viel Festtagsvorfreude haben mir die Holzens nicht gezeigt. Sicher, Erwin hat die Lichtergirlanden aus besseren Zeiten hervorgeholt und angeschlossen - für die Enkel. Sicher, Anna wälzt Backpläne, „damit es doch ein wenig nach Weihnachten riecht“. Aber das eigentliche Fest mit Festessen und Weihnachtsbaumglanz wird an Heiligabend und am 1. Weihnachtsfeiertag bei Annas Eltern stattfinden. „Wenn du pro Kopf und Tag etwa dreieinhalb Euro auszugeben hast, dann kannst du einfach nichts ansparen für ein

paar üppigere Tage,“ sagt Anna.

Immerhin, ab 1. Januar soll es doch für die Familie 40 Euro mehr Kindergeld geben! Erwin guckt skeptisch und holt den jüngsten Bewilligungsbescheid des JobCenters Reinickendorf hervor. Für Paul, den Schüler, steht da aufgelistet: Regelleistung zur Sicherung des Lebensbedarfs 287 Euro, Kindergeld 164; ergibt 123 Euro Leistung seitens des JobCenters. Hätte er 184 Euro Kindergeld, würde das JobCenter eben nur 103 Euro zuzahlen. So einfach wird das wohl sein.

Für Otto ist die Rechnung unübersichtlicher. Er hat dasselbe Kindergeld, aber er erhält ein Lehrlingsentgelt von 310 Euro. Beides zusammen liegt deutlich über der Regelleistung, die ihm wie seinem Bruder bewilligt ist; auch, wenn man den Freibetrag abrechnet, der ihm nicht angerechnet wird: 100 Euro plus 20 Prozent des darüberhinaus gehenden Betrages. Also entfällt die Regelleistung. Und weil am Ende der Rechnung herauskommt, dass er noch immer einen „Einkommensüberhang“ von 45 Euro hat, kürzt das JobCenter den Betrag, den es für seinen Anteil an Miete und Heizung zahlt, um diese Summe. „Höhere Regelsätze für die Kinder würden



uns helfen. Das hier ist Augen-auswischerei“, sagt Anna.

Als letztes die Regierung unter anderem ihre Kindergeldpläne im Bundestag durchwinken ließ, rechnete ihr die Opposition vor, dass Kinder von Spitzenverdienern künftig 40 Euro mehr erhielten, Kinder aus Familien mit mittlerem Einkommen bekämen 20 Euro mehr - und Kinder aus Familien, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, bekommen gar nichts.

Lasset die Kindlein zu mir kommen, aber nicht alle und nicht jedes.

Hans Schuster
Die Namen im Bericht sind geändert. Der Autor versichert, die „Bedarfsgemeinschaft“ besucht und ihren Bewilligungsbescheid gelesen zu haben.

Integration erfordert Teilhabe

Balzer muss längst fälligen Schritt gehen

Von der UNO ausgerufen, wird der 18. Dezember als „Internationaler Tag der Migranten“ begangen. Nicht so in Reinickendorf, auch 2009 leider „Fehlanzeige“.

DIE LINKE, die SPD und die Grünen haben - ihre unterschiedlichen Möglichkeiten nutzend - das Thema „Integration“ in den vergangenen Jahren wiederholt in unserem Bezirksparlament und in der Öffentlichkeit zur Sprache gebracht. Die Reaktion? Frau Wanjura wollte den „schlafenden Riesen“ Reinickendorf wecken. Soziale Probleme störten bei ihrem Höhenflug. Migranten? Reinickendorf ist nicht Kreuzberg - das machen wir so nebenbei mit, verlaute es aus dem Bezirksamt.

Realitäten sind „ein eigen Ding“

In Reinickendorf leben (2007) rund 29 000 Deutsche mit Migrationshintergrund (11,9 Prozent) und 23 500 Ausländer (9,7 Prozent). Sie wohnen im MV, rechts und links der „Resi“ und woanders als Nachbarn neben und mit uns. Sie feiern Feste, ihr „Eid el Kebir“ oder „Nouruz“ und unser Weihnachten. Sie arbeiten bei Siemens, verkaufen Döner und Blumen, zahlen Steuern, oder leben von Hartz IV - wie wir. Im November 2009 waren 2 799 Ausländer im Bezirk als erwerbslos registriert (19,5 Prozent). Migranten werden oft ausgegrenzt. Es nützt nicht viel, wenn man Deutsch kann, aber kein Wahlrecht hat und auf Sozialleistungen angewiesen ist.

Integration ist keine Einbahnstraße

Es stimmt: Integration ist keine Einbahnstraße, verlangt Wissen um Unterschiedlichkeit, Rücksichtnahme und Respekt. Immer noch erhalten Sarrazin und Buschkowsky auch an Reinickendorfer Stammtischen Zuspruch für ihren vermeintlich provokanten Aussagen.

Zehn Bezirke haben eine/n Integrationsbeauftragte/n. In acht Bezirken gibt es einen Beirat für Migranten. In sechs Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) beschäftigen sich Ausschüsse mit Fragen der Integration in ihrem Bezirk.

Nur Reinickendorf hat keinen Integrationsbeauftragten, keinen Beirat und auch keinen entsprechenden BVV-Ausschuss.

Migrantinnen und Migranten sind keine **Objekte** von Integrationspolitik; sie sind **Subjekte** der Politik, gleichberechtigte Bürger unserer Stadt und unseres Bezirkes.

DIE LINKE fragt nach

DIE LINKE hat sich in der November-BVV erkundigt, ob unser neuer Bezirksbürgermeister nicht aus den guten Erfahrungen der GESOBAU im MV lernen und den Weg für die Einsetzung eines Integrationsbeauftragten bzw. die Wahl eines Integrationsbeirates frei machen könnte. Frank Balzer hat die Chance verpasst, aus dem Schatten seiner Vorgängerin zu treten.

In einem Offenen Brief vom 23. November 2009 bemerkt Yusuf Dogan, Bezirksvorsitzender der Reinickendorfer LINKEN:

„Wie Ihre Antwort, Herr Bürgermeister, auf meine Einwohnerfrage zeigt, verharrt unser Bezirksamt leider in der traditionellen Position und hält alles bereits für gut gelöst. Ein Integrationsbeauftragter oder ein Integrationsbeirat - in anderen Bezirken längst politischer Alltag - würden nicht gebraucht.“

„Dass damit zehn Prozent der Reinickendorfer Bevölkerung das Recht auf demokratische Mitbestimmung und -entscheidung über ihre eigenen Dinge verweigert wird, kann wohl kaum als besondere Form der Bürgernähe abgebucht werden. Nur gut, dass die CDU damit in der BVV inzwischen allein dasteht.“

Pflichtaufgabe von Land und Bezirk

Der rot-rote Senat bereitet ein „Gesetz zur Gleichstellung und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (Integrationsgesetz)“ vor. Es soll die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung der Menschen mit Migrationshintergrund sichern. Der Landesbeirat empfiehlt: *„Die Bezirke setzen Integrationsbeauftragte ein und stellen einen entsprechenden Unterbau zur Verfügung ... Die Fragen der bezirklichen Ausländerbeiräte, der BVV-Ausschüsse und der Bürgerdeputierte sind zu regeln.“*

Unser Bezirksamt wäre mit Sicherheit gut beraten, nicht zu warten, bis es per Gesetz handeln muss. Die BVV könnte einen entsprechenden Auftrag erteilen.

*Dr. Klaus Gloede,
Stellv. Bezirksvorsitzender*

BVV-Splitter

35. Sitzung, 18.11.2009

Eine Einwohnerfrage: Yusuf Dogan, Sprecher der Reinickendorfer LINKEN, erkundigt sich, *„ob unser Bezirksbürgermeister nicht ... endlich in unserem Bezirk den Weg für die Einsetzung eines Integrationsbeauftragten bzw. die Wahl eines Integrationsbeirates frei ... machen“* wolle? (siehe Beitrag links)

Im Namen des BA gibt stellv. Bürgermeister Senftleben (SPD) eine „erste Einschätzung“ der vom innerbezirklichen „Runden Tisch gegen Gewalt“ initiierten ersten **„Woche der Demokratie“** (6.-13. November): Trotz organisatorischer Schwierigkeiten „infolge der spezifischen Situation im BA“ im Frühjahr, zu geringer Öffentlichkeitsarbeit und z.T. unter den Erwartungen liegenden Teilnehmerzahlen, könne „alles zusammen“ eine erfolgreiche Bilanz gezogen werden.

Die Fraktion B90/Grüne nimmt die Ankündigung von Schulstadträtin Schultze-Berndt, die Thomas-Mann-Oberschule in ein Gymnasium umzuwidmen, zum Anlass, in einer Großen Anfrage **„Schulentwicklung ohne Plan“** (Drs.-Nr.: 1001/XVIII) nach den politischen und fachlichen Voraussetzungen für einen solchen Schritt zu fragen. Die Antwort der Stadträtin ist mit „hanebüchen“ (H.v.Marschall) gut beschrieben. B90 und SPD sehen darin den Versuch der CDU-Politikerin, in ihrem Feldzug gegen die Schulstrukturreform die hervorragend funktionierende Gesamtschule im MV für das sog. Bildungsbürgertum zu retten.

In Anfragen wurde die vermeintliche Schließung des **Nachbarschaftszentrums Amendestr. 41** (Drs.-Nr. 1000/XVIII) thematisiert. Grauen-Landes- und Fraktionsvorsitzender Raeder hatte populistisch am 16. November mit hunderten Kindern und Eltern demonstriert. Jugendstadtrat Senftleben stellt klar, die Einrichtung werde nicht geschlossen, sondern - wie längst angekündigt - an einen Freien Träger übertragen.

Die BVV stimmt dem **Bebauungsplan XX-288** (Beschluss des BA vom 30. November 2007) „für die Grundstücke Karolinenstraße 18, 19 und 21 sowie für die **Tegeler Hafensinsel**, am Tegeler Hafen 6a“ zu. Der Bezirk holt damit planungsrechtlich die Entwicklungen von zwei Jahrzehnten um das „einzigartige Filetstück“ in Tegel nach. *F. Wilhelm*



„Berlin wird als erstes Bundesland Integrationspolitik auf eine gesetzliche Grundlage stellen und die gleichberechtigte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund sichern.“

Carola Bluhm (DIE LINKE), Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales,
2. November 2009

„Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“

Berliner Integrationskonzept 2005 und 2007

www.berlin.de/lb/intmig/integrationskonzept

Nachnutzung TXL: LINKE startet jetzt durch

Ökologische Zukunft, Green Economy, Umwelttechnologie für Tegel

Ein Workshop zur Debatte um die Nachnutzung des Flughafens Tegel am 14. November brachte als Ergebnis erste konkrete Vorschläge der LINKEN Berlin.

Umweltsenatorin Katrin Lompscher (DIE LINKE) und Felix Lederle, Mitglied des Landesvorstandes, stellten anlässlich der 3. Standortkonferenz der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, die wesentlichen Punkte der Öffentlichkeit vor.

Die Zukunft von Tegel ist auch wichtig für die Zukunft Berlins. Sie kann auch über die Grenzen der Stadt eine richtungsweisende Rolle spielen. Diese Prämisse kennzeichnet die Herangehensweise der LINKEN an das Thema.

DIE LINKE spricht sich gegen eine weitere Nutzung als Flughafen aus, auch nicht für von FDP bzw. CDU ins Gespräch gebrachte militärische oder Geschäftszwecke.

DIE LINKE, und dies gilt im Besonderen für den Reinickendorfer Bezirksverband, erwartet, dass man der Herausforderung der globalen Klimaerwärmung bei so einem großen stadtentwicklungspolitischen Projekt Rechnung trägt. Über die Entwicklung der Fläche muss intensiv auf lange Sicht nachgedacht werden, Nutzungsideen sind zu prüfen.

Ökologische Zukunft

Gebraucht wird die große Freifläche, um die Kaltluftzone zu erhalten, aber das Terminal und die Umgebung können auch genutzt werden, um Zukunftsprojekte für Berlin zu realisieren. Ökologische Zukunft, Green Economy, Umwelttechnologie an diesen Ort zu bringen, wäre ein hervorragender Gedanke für die Zukunft der Umwelthauptstadt Berlin. Die Stadt hat mit einem neuen Technologie-Förderschwerpunkt Umwelttechnik schon einen deutlichen Akzent gesetzt.

Aneignen mit Waldaktien

Die Kleingärten sollen erhalten bleiben. Es geht um eine Mischung aus grüner und gewerblicher Nutzung - mit viel Grün. Um die Jungfernhöhe und um den Flughafensee herum sollte eine Renaturierung stattfinden. DIE LINKE schlägt eine partielle Aufforstung vor. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es das Konzept der „Waldaktien“. So könnten Touristen, die nach Berlin kommen, ihren Ausflug CO₂-neutral gestalten, indem sie für zehn Euro einen Baum pflanzen lassen. Die Berlinerinnen und Berliner sollen sich mit Waldaktien an der Renaturierung beteiligen und so den neuen Naturraum im Wortsinn aneignen.

Es muss dafür gesorgt werden, dass der Wegzug des Flugplatzes nicht zu einem wirtschaftlichen Problem für Reinickendorf wird. Gewerbliche Ideen über Nachnutzung müssen räumlich über das Gelände des Flughafens hinausreichen.

Zukunft für Reinickendorf

Die Konzeption der Senatsverwaltung in Hinsicht auf die Nachnutzungsdebatte ist insgesamt lobenswert, doch es gibt einige Kritikpunkte. So spielt die Zukunft des Bezirks und die Lebensqualität der Reinickendorfer derzeit noch nicht die gebührende Rolle, sind die lokalen Akteure nicht so eingebunden in die Diskussion, wie sie es sein sollten. Das Planungsverfahren ist nicht besonders bürgernah. Bis jetzt gibt es als Plattform nur ein paar E-Mail-Adressen. Das reicht nicht.

Allein in dem Wohngebiet »Cité Pasteur«, das in das Gewerbegebiet einbezogen und damit faktisch aufgegeben werden soll, wohnen derzeit noch einige hundert Menschen. Mit denen muss natürlich gesprochen werden. Sie sollten auch mitentscheiden. Es geht der LINKEN zwar um eine behutsame Gestaltung, die eine bessere Naherholung ermöglicht. Aber es muss auch eine Nutzung geben, die den Bezirk tatsächlich voranbringt.

Konzepte für Lebensqualität

Die 3. Standortkonferenz sollte signalisieren, dass die Schließung des Flughafens Tegel die Lebens-



Energie für Berlin - ökologisch und kommunal?

qualität in Berlin und nicht nur im unmittelbaren Flughafenumfeld verbessert. Hinzu sollte das Signal kommen, dass die Zukunftschance für die Umwelt in doppelter Hinsicht genutzt wird: Ansiedlungs- und Zukunftsflächen für grüne Industrie sowie Konzepte für die großen Freiräume, die für das Klima in der Stadt wichtig sind, werden behutsam und bürgernah entwickelt.

Abgasfrei durch Berlin?

Wenn Tegel vorankommt z. B. in der Forschung und Produktion von Elektromotoren und der Energiespeichertechnik für Fahrzeuge in Kooperation mit der BVG, ist das für die Reinickendorfer LINKE eine verlockende und umsetzbare Vision. So wird Berlin vielleicht eines Tages die erste deutsche Stadt mit einem ÖPNV sein, der ohne fossile Brennstoffe auskommt. Dies wäre ein deutliches Zeichen ökologischer, aber auch sozialer Verantwortung, regional und global.

Der Bezirksvorstand der LINKEN Reinickendorf hat auf dem Landesparteitag Ende November den Vorschlag unterbreitet, diese Option als ein Zukunftsprojekt der LINKEN aufzunehmen. *Jürgen Schimrock*

Fotomontage: J. Schimrock

Das Interview mit Katrin Lompscher u. Felix Lederle: www.neues-deutschland.de/artikel/160674.in-tegel-mit-eigenen-ideen-am-start

Zwischen 1990 und 2005 stiegen die Treibhausgas-Emissionen im Verkehrssektor um 33 Prozent. Innerhalb dieses Sektors trugen vor allem der Flugverkehr (plus 80 %) und der Straßenverkehr / plus 29%) dazu bei.

In den vergangenen Jahrzehnten sind die Vogelarten um 50, Schmetterlingsarten um 70 Prozent zurückgegangen, Pflanzenarten um ein Drittel. Täglich verschwinden ca. 70 Tierarten. Der Mensch „sorgt“ für das größte Artensterben seit 65 Millionen Jahren. Seit Beginn der Industrialisierung vor 200 Jahren ist die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre um ein Drittel angestiegen.

Völker der Welt, schaut auf diese Stadt...

Vom 7. bis 18. Dezember findet in Kopenhagen die UNO-Klimakonferenz statt. Für viele Menschen dieser Welt die wichtigste überhaupt.

Sie wird richtungsweisend sein, geht es doch um Vieles: Gletscher schmelzen, Meeresspiegel steigen, Ozeane versauern, Wüsten dehnen sich aus, Unwetterkatastrophen nehmen zu, es gibt Wasser- und Nahrungskrisen und Klimakriege.

Wie sich der Kreis unseres Wissens ausdehnt, wächst auch die Peripherie der Dunkelheit. *Albert Einstein*

Große Sprünge werden erwartet: Konkrete CO₂-Reduzierungsvorschläge der Industrienationen, globale Schadstoffbegrenzungen, Konzentration auf die Entwicklung alternativer Technologien, Unterstützung und Finanzierungsversprechen für Schwellen- und Entwicklungsländer und eine Bildungsoffensive.

Es bleibt nicht viel Zeit. J.S.

Warum DIE LINKE?

Seit meiner offiziellen Wahlberechtigung im Jahre 1997 gab und gibt es für mich nur eine Wahl. Damals die PDS, heute DIE LINKE.

Nun, nach zwölf Jahren des Links-Wählens reifte in mir der Drang nach mehr - mehr Wissen, mehr Engagement, Mitwirken, Mitbewegen.

So wurde ich im August diesen Jahres Mitglied der LINKEN Reinickendorf. Ich freue mich, dass mich mein Weg vor wenigen Jahren in diesen Bezirk geführt hat, auch über die Herzlichkeit und die Kompetenz der Menschen, die ich im Bezirksverband Reinickendorf kennenlernen durfte.



Darüber hinaus ist DIE LINKE für mich keine Sache der Wahl, sondern eine Notwendigkeit, um das Leben der Menschen in diesem Bezirk und diesem Land langfristig zu verbessern. Verändert werden muss auch das Verhalten derer, die ihre Machtposition für alles Andere als im Sinne der Bürger missbrauchen.

Für mich hat innerhalb der Partei nun die Zeit des Zuhörens, des Lernens, Verstehens und Begreifens begonnen und ich freue mich auf eine produktive und inspirative Zeit als Mitglied der LINKEN.

André Jakowlow

Am Rande

Ihr da drinnen, wir hier draußen

Die „drinnen“ reden von „denen da draußen“, von „unseren“ Wählern, die man „mitnehmen“ muss und denen man allzu oft die Entscheidungen von „drinnen“ nicht „verständlich vermitteln“ kann.

Die da draußen, das sind wir, Wählerinnen und Wähler, die regelmäßig ihre Stimme „abgeben“. Abgeben für (oder an?) die „drinnen“, Volksvertreter in Parlamenten, Landtagen und Rathäusern.

Sprache ist verräterisch. Die Wortwahl beschreibt den gegenwärtigen Zustand unserer Demokratie, entlarvt das entfremdete Verhältnis zwischen dem Volk, dem Demos, den im Wortsinn Herrschenden, und seinen gewählten „Vertretern“.

Zu oft wird gefloskelt, man müsse das Wahlvolk „mitnehmen“, politische oder administrative Entscheidungen nur „besser vermitteln“. Entscheidungen, die in der Regel unter Ausschluss derer getroffen werden, die sie betreffen. Zu oft gegen den erklärten Willen. Eine Verkehrung dessen, was „Demokratie“ im Kern kennzeichnet, nämlich die „Herrschaft des Volkes“.

Die Parteien, in denen die „Vertreter“ des Volkes meist organisiert sind, sollen, so das Ansinnen der Mütter und Väter unserer Verfassung, an der politischen Willensbildung „mitwirken“. In der Realität bekommen wir draußen viel zu oft nur unmoralische Angebote von denen, die „die Kraft“ haben, die immer da sind, „wo vorn ist“, die „mehr zu bieten“ haben. Werbeslogans und leere Worthülsen statt konkreter politischer Aussagen - kein Respekt, keine Demut mehr vor dem Demos, dem Souverän.

Viele von uns hier draußen reagieren schon - geben ihre Stimme nicht mehr ab: „Nicht mehr in unserem Namen.“ Wen wundert's?

Jürgen Schimrock

„Wehren Sie sich!“

Der Rechtsanwalt Holger Lange forderte in einem Forum am 7. Dezember 2009 im „Roten Laden“ der LINKEN Reinickendorf Hartz-IV-Betroffene auf, Entscheidungen ihres JobCenters nicht einfach so hinzunehmen. Seine Erfahrungen aus mehrjähriger Tätigkeit als Jurist in einem Berliner JobCenter machen ihn kompetent, Erwerbslosen und Arbeitsuchenden bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu helfen. „Denn Recht zu haben, heißt nicht auch tatsächlich Recht zu bekommen.“ Man muss wissen, wie es geht.

Holger Lange bietet eine kostenlose Rechtsberatung zu Hartz IV auch im „Roten Laden“ an. Vermittlung und Terminvereinbarung während der regelmäßigen Beratung von Hartz-IV-EmpfängerInnen (jeden 2. Dienstag, 16 bis 18 Uhr) oder unter der Telefon-Nr. 030/4373 2630.

Mehr Infos zu
Rechtsanwalt
Holger Lange
unter:
www.alg4u.de

Zehn Jahre her

Die Neustrukturierung der Bezirke in Berlin führte seinerzeit auch zu einer Neuformierung der Bezirksverbände der PDS.

Am 18. Dezember 1999 wurde ein selbständiger PDS-Bezirksverband in Reinickendorf gebildet. Seit 2007 ist nunmehr DIE LINKE im Bezirk aktiv. Wissen Sie eigentlich, - wann der „Rote Laden“ in der Schloßstraße 22 eröffnet wurde und wer seitdem bei uns zu Gast war; - seit wann unsere Bezirkszeitung „Wir in Reinickendorf“ erscheint; - wer den „Fuchs“ erfunden hat und ihn heute gestaltet?

Erinnerungen an zehn Jahre politische Arbeit in Reinickendorf, viel AUF und manchmal AB: manch interessante Begebenheit und Wissenswertes über uns vermittelt zwischen eine Chronik auf unserer Homepage.

K.G.

Impressum
Herausgegeben vom
Landesvorstand
Berlin der Partei
DIE LINKE.,
V.i.S.d.P.:
Yusuf Dogan

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:
Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr
Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr

Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632

e-mail:
redaktion@die-linke-reinickendorf.de

Wir in Reinickendorf
wird vom
Bezirksverband
finanziert.

Spenden
sind ausdrücklich
erwünscht:
DIE LINKE,
Reinickendorf,
Berliner Bank,
BLZ: 100 200 00,
Kontonummer:
4384 816812.

Termine

10. Januar 2010 Luxemburg-Liebnecht-Ehrung, Gedenkstätte der Sozialisten, Friedrichsfelde. Wir Reinickendorfer treffen uns um 10 Uhr auf der Frankfurter Allee am Ausgang des U- und S-Bahnhofs Lichtenberg.

In der Zeit vom 21.12.09 bis 3.1.2010 ist der Rote Laden geschlossen.